

Genug der leeren Worte: Politisches Asyl für die Verfolgten aus Nicaragua

Nicaragua befindet sich seit nunmehr einem Jahr faktisch im Ausnahmezustand. Seit den am 18. April 2018 begonnenen Massenprotesten gegen die korrupte politische Machtelite um den ehemaligen Revolutionskommandanten Daniel Ortega und seine zur Vizepräsidentin aufgestiegene Ehefrau Rosario Murillo, die sich alle Staatsorgane untergeordnet hat, antwortet das Regime mit tödlicher Repression. Hunderte von Menschen wurden von Polizei und paramilitärischen Banden gezielt ermordet, werden in Gefängnissen gefoltert oder bleiben verschwunden, unabhängige Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf der Einhaltung der Menschenrechte bestehen, wurden verboten und ausgeraubt, mehr als 80.000 Menschen sind in andere Länder geflüchtet, auch nach Deutschland.

Die meisten Geflüchteten befinden sich im Nachbarland Costa Rica und wurden dort ebenso wie in anderen Ländern der Region aufgenommen. Die meisten derer, die nach Deutschland gekommen sind, wurden nach Hamburg geschickt, wo sie sich dem Bundesamt für Migration präsentieren müssen, um den Asylprozess einzuleiten. Dabei zeigt sich große Unkenntnis der zuständigen Beamten über die Schwere des sozio-politischen Konflikts in Nicaragua. Aufgrund der geringen Informiertheit wird den Asylbewerber*innen der gebotene Respekt für ihre Fluchtgründe und ihr Menschenrecht auf Asyl verweigert. Die meisten bisherigen Asylanträge (9 von 10) wurden in der ersten Instanz abgelehnt, weil angeblich keine individuelle politische Verfolgung vorliege. Wir verlangen vom Bundesamt für Migration, dass es die Willkür berücksichtigt, die aufgrund der Partei-/Staatsstrukturen in Nicaragua herrscht und die sich von Ländern unterscheidet, aus denen andere Asylbewerber*innen kommen. Ebenso wurden einige Asylbewerber*innen nicht über ihre Rechte informiert, wie z.B. die Begleitung zur Hauptanhörung und die Möglichkeit, sich vor der Anhörung vorzubereiten, um die notwendigen Beweise zur Begründung ihres Antrags vorlegen zu können. Unter den nach Deutschland Geflüchteten breitet sich Furcht aus, ausgewiesen zu werden.

Die deutsche Bundesregierung trägt mit ihren verharmlosenden Stellungnahmen zur Verweigerung des Asyls bei und fällt denen in den Rücken, die sich in Nicaragua unter Lebensgefahr für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen. Es ist skandalös, dass das Auswärtige Amt in seinen aktuellen Reisehinweisen unter Hinweis auf die „vorzeitige Unterbindung von Demonstrationen“ davon spricht, dass sich die Lage „vorerst beruhigt“ habe. Die Stellungnahme erweckt den Eindruck, dass die Bundesregierung die erzwungene Friedhofsruhe mit Stabilität gleichsetzt und meint, sich mit pauschaler Kritik an „gewalttätigen Auseinandersetzungen“ aus der Affäre ziehen zu können. Und dies, obwohl die von der Organisation Amerikanischer Staaten beauftragte Unabhängige Interdisziplinäre Expertenkommission schon vor vier Monaten dem Regime Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachgewiesen und verlangt hat, die Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. In ihrer Presseerklärung vom 23. März hatte die Bundesregierung die Verhandlungen zwischen Regime und Opposition noch als „großen Fortschritt“ bewertet. Doch wie zu erwarten war, hat das Regime bisher keinerlei Bereitschaft gezeigt, die begangenen Verbrechen aufzuklären, die verfassungsmäßigen Rechte wieder zu achten und internationale Beobachter als Zeugen ins Land zu lassen. Jede regierungskritische Meinungsäußerung hat weiterhin bedrohliche Folgen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich ein Beispiel an den Abgeordneten des Europaparlaments und anderen Regierungen zu nehmen und die Menschenrechtsverbrechen des Regimes in Nicaragua endlich beim Namen zu nennen. Nur noch Druck von außen, der auch wirtschaftliche Maßnahmen einschließt, wird das Regime veranlassen, den Forderungen der nicaraguanischen Bevölkerung nach Freiheit, Gerechtigkeit und vorgezogenen Wahlen unter internationaler Beobachtung nachzugeben. Den Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, muss ein sicherer Aufenthaltsstatus gewährt werden, bis sie ohne Gefahr für Leib und Leben wieder in ihr Heimatland zurückkehren können.

Berlin, 7. April 2019

Die Teilnehmer*innen der Konferenz „Nicaragua und die Zukunft linker Politik. Utopie und Verfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe“